

Hegemoniale Moral: Die Einebnung kultureller Differenz in der Debatte um den 3. Golfkrieg

ANDREAS GÖTTLICH

Der nachstehende Beitrag nimmt seinen Ausgang von einer empirischen Fallstudie zum öffentlichen Diskurs¹ um die moralische Legitimität des Dritten Golfkrieges im Frühjahr 2003. Ziel derselben ist es, eine spezifisch wissenssoziologische Erklärung für die augenscheinliche Unvereinbarkeit zwischen den Argumentationen der Gegner und der Befürworter des militärischen Eingreifens im Irak zu finden. Gesucht wird diese Erklärung in den unterschiedlichen Deutungsmustern, welche die Diskussionsparteien bei ihren jeweiligen Situationsdefinitionen anwendeten, wobei ein besonderes Augenmerk der Figur des Perspektivenwechsels gilt, die im moralischen Kontext eine Überwindung partikularer Interessen bewerkstelligen soll. Im Falle der Irak-Debatte hatte die Anwendung dieser Denkfigur kulturelle Grenzen zu überwinden, insofern es galt, aus westlicher Sicht die Interessenlage der irakischen Zivilbevölkerung zu beurteilen.

Der gewählte wissenssoziologische Ansatz vermag zu zeigen, dass hierbei spezifische Urteilmuster der je eigenen Kultur zur Anwendung kamen, dass mithin kulturelle Differenz weniger überwunden, denn vielmehr überdeckt wurde. Im Text wird diese, aus der empirischen Analyse sich ergebende These anhand des konkreten Beispiels der Argumentationsfigur der US-amerikanischen Regierung illustriert. Hierauf

1 Die Begriffe Debatte, Diskurs oder auch Diskussion werden im Folgenden weitgehend synonym verwendet.

aufbauend werden Konsequenzen dieses Ergebnisses für das soziologische Konzept des Perspektivenwechsels diskutiert.

Einführung

Die empirische Basis der Studie besteht in einer Untersuchung von Stellungnahmen einerseits der Christlichen Kirchen sowie andererseits der US-amerikanischen und der britischen Regierung zum Kriegseinsatz im Irak. Die Fokussierung auf diese Diskussionsparteien folgt der Einschätzung, dass sich in diesen die einflussreichsten Positionen der infragestehenden Debatte finden, die im Folgenden mit den Begriffen des *Militärischen Humanismus* sowie der *Christlichen Nächstenliebe*² bezeichnet werden. Als Datengrundlage dienen Texte, wie sie in den Internet-Auftritten der Vertreter dieser »Lager« dokumentiert sind.³ Der Analyse zugänglich sind damit ausschließlich solche Argumentationsmuster, welche in diesen Daten enthalten sind und deren Struktur in mancherlei Hinsicht nicht mit dem deckungsgleich ist, was die von den Medien geprägte »öffentliche Meinung« zum Thema besagt.⁴ Dies sei, um etwaigen Missverständnissen vorzubeugen, an dieser Stelle ebenso betont wie der Umstand, dass spezifisch die moralische Dimension der Debatte um den Irak-Krieg fokussiert wird, sodass politische oder ökonomische Motive explizit nicht im Zentrum stehen. Damit ist nicht behauptet, dass Letztere in der Argumentation keine Rolle gespielt hätten, sie kommen in der Untersuchung allerdings nur insofern zur Sprache, als sie mit moralischen Erwägungen in Verbindung stehen.⁵

-
- 2 Die Bezeichnung »Militärischer Humanismus« für die Argumentationsstrategie der so genannten »Koalition der Willigen« übernehme ich von Chomsky (1999). Gemeint ist ein Standpunkt, der es für legitim ansieht, in der Tradition des Humanismus stehende Werte mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Der Terminus stellt im Gegensatz zur »Christlichen Nächstenliebe« keine Selbstzuschreibung der Akteure im Feld dar.
 - 3 Die Art der Daten ist heterogen: Redetexte, Interviewtranskripte, Pressemitteilungen, offizielle Verlautbarungen, Flugblätter etc.
 - 4 So spielt etwa der »christliche Fundamentalismus« des US-Präsidenten Bush in den Daten nicht die prominente Rolle, die er in der medialen Berichterstattung oftmals einnimmt.
 - 5 Im Fortgang der Argumentation wird sich zeigen, dass die strikte Trennung von moralischen Handlungsmotiven auf der einen Seite und politischen oder ökonomischen auf der anderen akademischer Natur ist. In der sozialen Realität sind die Motivlagen ineinander verwoben und entziehen sich daher trennscharfen Kategorisierungen (vgl. Abschnitt »Theoretische Fallrekonstruktion«).

Von entscheidender Bedeutung für die Studie ist der kognitive Aspekt von Moral, durch welchen diese erst »wahrheits- und argumentationsfähig« (Höffe 1978: 619) wird. Dies ist unabdingbare Prämisse für moralische Diskurse überhaupt und somit letztlich auch für eine sozialwissenschaftliche Untersuchung selbiger. Moralisches Handeln setzt moralisches Urteilen voraus. Moral wird hier als eine Form praktischen Wissens verstanden, welche die Frage regelt, inwieweit und auf welche Art in einer Konfliktsituation die Interessen der unterschiedlichen Beteiligten zu berücksichtigen sind. So lässt sich Moral soziologisch betrachtet als eine gesellschaftliche Institution zur Lösung von Interessenkonflikten definieren. Dabei wohnt moralischen Imperativen im Sinne des deontischen Modells ein verpflichtender Charakter inne.

Sinnvollerweise kann nun einer Fragestellung wie der genannten nur unter der Prämisse nachgegangen werden, dass man vorab eine Vorstellung davon entwickelt, wodurch sich ein moralisches Argument spezifisch auszeichnet. Woran vermag der empirische Forscher ein solches zu erkennen, wenn er es vor sich hat? Meine vorgängige Festlegung lautet zunächst ganz allgemein: Moralische Argumente sind solche, die einen Handlungsimperativ aus der Berücksichtigung der Wünsche und Interessen der vom zu bewertenden Handeln betroffenen Personen ableiten. Dabei bedarf es einer Abwägung zwischen Eigen- und Fremdinteresse. Dieser Gedanke findet sich beispielsweise in der so genannten *Zweckformel* des Kategorischen Imperativs: »Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst« (Kant 1994: 52).

Diese formale Definition moralischen Handelns mag als inhaltlich unterbestimmt erscheinen, doch muss im Rahmen einer Wirklichkeitswissenschaft offen gelassen werden, auf welche Art und Weise die Abwägung eigener und fremder Interessen in der Praxis konkret vollzogen wird. Indessen kann trotz der bewusst gewählten definitorischen Offenhaltung die Fragestellung weiter präzisiert werden. Die aufgestellte Formel verlangt vom Handelnden einen Wechsel der Perspektive. Ego muss sich in die Lage von alter versetzen, um dessen Wünsche und Interessen berücksichtigen zu können. Ein solcher Wechsel ist notwendig, es reicht nicht aus, schlicht den geäußerten Interessen von alter nachzukommen, denn erstens liegen solche Äußerungen in der konkreten Entscheidungssituation oftmals nicht vor, zweitens kommt ego nicht umhin, auch die Interessen von alter auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen⁶.

6 Angewendet auf das empirische Feld bedeutet dies, dass z. B. das Interesse des irakischen Regimes am Machterhalt als für das moralische Urteil irrelevant ausgeklammert wurde. Eine solche Relevanz wurde stattdessen

So steht – und das ist eine wesentliche Grundannahme des Folgenden – das Prinzip der Perspektivenübernahme im Zentrum einer jeden moralischen Überlegung. Das Sich-hinein-Versetzen in die Situation des Mitmenschen und die auf diesem Perspektivenwechsel fußende Berücksichtigung von dessen Wollen und Empfinden bilden zentrale Momente sämtlicher moralischer Postulate. Indes ist allein mit der Akzeptanz dieser allgemeinen Denkfigur weder über deren formale Auslegung noch über deren inhaltliche Bestimmung entschieden. Selbst in dem Fall, dass Einigkeit über die formale Interpretation herrscht, kann nichtsdestotrotz der konkrete Vorgang der Universalisierung verschieden vorgenommen werden. In eben diesem Umstand liegt die Möglichkeit einer divergierenden moralischen Beurteilung bei geteiltem Moralprinzip begründet.⁷

Für die Untersuchung haben die voranstehenden Festlegungen die Konsequenz, dass sich der Fokus verdichtet auf die Thematik, auf welche Art die Vertreter des *Militärischen Humanismus* und der *Christlichen Nächstenliebe* die Perspektive des irakischen Volkes, also der möglichen bzw. faktischen Opfer eines militärischen Eingreifens, (re-)konstruieren. Hierbei haben die Akteure ein grundlegendes Problem zu lösen, welches darin begründet liegt, dass es sich bei dieser Opferperspektive um diejenige einer aus westlicher Sicht ethnisch, religiös wie kulturell fremden Gruppe handelt. Wie kann in einem Fall moralisch argumentiert und gehandelt werden, in dem die nachzuvollziehende Perspektive von alter bzw. alii aufgrund von dessen bzw. deren Fremdheit unverständlich bleibt, wenn nach obiger Definition also die unabdingbare Voraussetzung für moralisches Raisonement überhaupt fehlt? So lässt sich das Forschungsinteresse weiter ausdifferenzieren in die Frage, wie die Handelnden im empirischen Feld dieses Problem der vermeintlichen Unzugänglichkeit der Opferperspektive zu lösen versuchen.

Vor dem Hintergrund des bislang Erläuterten erklärt sich die Forschungshypothese, wie sie am Beginn der empirischen Untersuchung stand und für diese leitend ist. Sie nimmt an, dass die augenscheinlich unüberwindbare Differenz in der moralischen Bewertung eines Kriegseinsatzes im Irak durch die genannten Lager nicht einfach auf die differierende Einschätzung von Faktenfragen zurückzuführen ist – etwa auf eine unterschiedliche Taxierung möglicher Opferzahlen. Vielmehr, so die Vermutung, ist der Widerspruch bedingt durch konträre Ausle-

ausschließlich der Perspektive der irakischen Zivilbevölkerung beigemessen in deren Eigenschaft als faktischer bzw. potentieller Leidtragender sowohl der Hussein-Diktatur als auch des diskutierten militärischen Handelns (vgl. zur sozialen Konstruktion des Typus *Opfer* etwa Giesen 2004, spez. Kap. 2).

7 Vgl. hierzu den folgenden sowie den Schlussabschnitt.

gungen der Figur des Perspektivenwechsels. Diese Auslegungen sind in verschiedenen, historisch und kulturell gewachsenen Deutungsmustern enthalten, welche die Studie aus den erhobenen Daten zu extrahieren sowie zu analysieren sucht. Diese zentrale These kann im Folgenden indes nicht weiter belegt werden, da dies nur vor dem Hintergrund einer empirischen Fallkontrastierung in angemessener Weise geschehen könnte. Der vorliegende Aufsatz konzentriert sich hingegen auf die Darstellung eines einzelnen empirischen Falles: die Argumentation der US-Regierung. Dessen Darlegung soll weniger die sozio-kulturell variierenden inhaltlichen Auffüllungen des Moralkonzepts – begriffen als Modell des Perspektivenwechsels – illustrieren, als vielmehr in theoretischer Absicht die formalen Auslegungen desselben exemplifizieren.

Das soziologische Konzept der Perspektivenreziprozität

Bevor ich im nächsten Abschnitt auf empirische Ergebnisse der Studie eingehe, möchte ich das Verständnis der Perspektivenübernahme klären, wie es meiner Arbeit zugrunde liegt. Ausgegangen wird von der grundlegenden Perspektivität des menschlichen Weltzugangs. Jeder Mensch nimmt die ihn umgebende Welt von einem aufgrund seiner Leiblichkeit zeitlich wie räumlich gebundenen, je individuellen Standpunkt aus wahr, der im biographischen Verlauf einen konstitutiven Einfluss auf die Ausbildung seiner prinzipiellen Weltsicht ausübt. Speziell aus soziologischer Sicht stellt sich angesichts einer solchen Grundannahme die Frage, wie die drohende Konsequenz des Solipsismus vermieden werden kann. Wie werden die Weltsichten von ego und alter im alltäglichen Miteinander wechselseitig zugänglich, intersubjektiv gemacht? Ich knüpfe diesbezüglich an Ausführungen von Alfred Schütz an, der die Reziprozität der Perspektiven als Grundthese jeglicher menschlicher Kommunikation bestimmt. Diese These umfasst zwei Idealisierungen: (1) die *Idealisierung der Austauschbarkeit der Raumstandpunkte*, wonach egos sinnliche Wahrnehmungen bei einem Austausch der räumlichen Standpunkte denjenigen von alter entsprechen; (2) die *Idealisierung der Kongruenz der Relevanzsysteme*, welche besagt, dass ego in seinem alltäglichen Handeln bis auf weiteres davon ausgeht, dass die Verschiedenheit seiner Perspektive von derjenigen von alter für die aktuell anstehenden gemeinsamen Verrichtungen folgenlos bleibt, dass alter also die Welt in typisch gleicher Weise deutet wie er selbst (vgl. Schütz 1971a: 12ff.; 1971b: 364f.). Die im Alltagsverstehen als fraglos gültig vorausgesetzte und in der Schütz'schen Formel ausdifferenzierte Annahme, dass ego

Perspektive derjenigen seines Gegenübers grundsätzlich reziprok ist und daher potentiell ausgetauscht werden kann, macht ein Hineinversetzen in die andere Perspektive überhaupt erst denkbar. Stünde ego dort⁸, wo alter steht, würde sich ihm die Welt in gleicher Art und Weise darbieten wie diesem. Ohne diese – in letzter Konsequenz nicht aufrecht zu erhaltende⁹ – Unterstellung, lebte der Mensch in einer Leibniz'schen Monadenwelt, in welcher keinerlei Vermittlung zwischen den privaten Erfahrungsbereichen von ego und alter möglich wäre.

Für den vorliegenden Kontext einer Moraldebatte ist speziell das zweite Moment der Schütz'schen Generalthese von Bedeutung: die *Idealisierung der Kongruenz der Relevanzsysteme*. Was weiter oben als zu berücksichtigende Interessen von alter eingeführt wurde, kann im Sinne von Schütz unter dem Oberbegriff der Relevanz subsumiert werden. Was vom Handelnden in moralischer Absicht verlangt wird, ist demnach die Rekonstruktion des Relevanzsystems von alter sowie die angemessene Berücksichtigung von dessen für den infragestehenden Fall maßgeblichen Relevanzen. Nun scheint ihm dabei auf den ersten Blick der in der Schütz-These zum Ausdruck kommende Umstand entgegenzukommen, dass im Alltagsverstehen die Relevanzsysteme von ego und alter von vornherein als kongruent angenommen werden. Und doch kann diese Annahme scheitern, und zwar in Abhängigkeit von der je vorliegenden Sozialkonstellation. Beispielsweise psychisch devianten Personen oder auch Kindern gegenüber erscheint sie nur begrenzt sinnvoll. Und wie verhält es sich in dem spezifischen Fall, dass ego und alter unterschiedlichen Kulturen mit möglicherweise inkongruenten Relevanzsystemen entstammen? Was kann es in diesem Fall bedeuten, dass ego die Relevanzen von alter zu Motiven der eigenen Handlung macht, wie es das Moralpostulat fordert? Eine Antwort hierauf verlangt ein tieferes Eindringen in die Relevanztheorie Schütz', was weiter unten mit Bezug auf im nächsten Abschnitt dargelegte empirische Ergebnisse erfolgen wird.¹⁰

An dieser Stelle sei lediglich festgehalten, dass bei der Interpretation des Perspektivenwechselpostulats formal betrachtet drei Richtungen möglich scheinen: So könnte ego erstens seine Perspektive zugunsten derjenigen von alter aufgeben, also jene durch diese ersetzen. In diese

8 Dieses »dort« ist in sowohl räumlicher, zeitlicher als auch sozialer Dimension zu verstehen.

9 Zumindest im Hinblick auf die face-to-face-Kommunikation ist die Unterstellung unhaltbar: Befände ich mich an der Stelle meines Gegenübers, so würde ich eines ganz gewiss nicht wahrnehmen, was dieser sieht, nämlich ... mich selbst.

10 Vgl. Abschnitt »Theoretische Fallrekonstruktion«.

Richtung würde eine radikale Spielart des Altruismus tendieren; in der Moralphilosophie wird eine solche Auffassung unter dem Stichwort der »supererogatorischen Handlungen« thematisiert. Zweitens könnte ego versuchen, den sämtlichen partikularen Perspektiven übergeordneten Standpunkt einer universalen Vernunft einzunehmen, von der angenommen wird, dass sämtliche Menschen gleichermaßen an ihr teilhaben. In diesem Sinne argumentiert etwa der Kategorische Imperativ Kants mit seiner Orientierung an einer allgemeinen (Selbst-)Gesetzgebung der Vernunft. Schließlich könnte ego seine eigenen Relevanzen und Denkmuster auf alter übertragen, also davon ausgehen: Alter denkt im Grunde so wie ich. Derart geht die Goldene Regel¹¹ vor.

Betrachtet man die in der Generalthesis Schütz' formulierte Idealisierung der Kongruenz der Relevanzsysteme, so scheint offenkundig, dass sie der letzten der drei genannten Varianten am nächsten steht. Nach Schütz unterstellt ego seinem Gegenüber im Alltag, dass dieser seine Relevanzen ähnlich verteilt wie er selbst. Das wirft die Frage auf, weshalb die anderen Möglichkeiten in der Generalthesis keine Berücksichtigung finden. Hat Schütz sie übersehen oder hatte er Gründe, sie nicht in seine Formel aufzunehmen? In welchen Teilen seiner Theorie wären diese Gründe gegebenenfalls zu suchen und ließe sich aus ihnen folgern, dass die dritte dargelegte Variante der Perspektivenreziprozität die einzige der sozialen Realität angemessene darstellt und die Forderungen des Altruismus sowie des Kategorischen Imperativs daher als bloße Wunschgedanken zu verwerfen sind? Ich möchte im Schlussabschnitt eine Beantwortung dieser weitreichenden Fragen wenigstens im Ansatz versuchen.

Die Argumentation der US-Regierung in der Irak-Debatte

Bei der Darstellung der empirischen Ergebnisse werde ich mich auf eine einzelne Konstruktion der Perspektive der irakischen Zivilbevölkerung beschränken, wie sie von Protagonisten der Bush-Regierung als Vertretern des *Militärischen Humanismus* vorgenommen wurde. In Anbetracht des eher theoretisch ausgerichteten Schwerpunktes des vorliegenden Bandes wie auch meines Beitrags belasse ich es bei einigen knappen, thesenartig zugespitzten Bemerkungen.

Versucht man, den in den Daten vorherrschenden Grundtenor auf eine generelle Formel zu bringen, so lässt sich konstatieren, dass die US-

11 »Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu!«

Regierung den Iraker von heute als den demokratischen Weltbürger von morgen betrachtet. Die vor der militärischen Intervention herrschende Situation der irakischen Zivilbevölkerung wird im Hinblick auf einen zukünftigen Zustand eingeschätzt, bzw. im Hinblick auf einen aktuell (vermeintlich) vorhandenen Wunsch nach diesem Zustand. Abgeleitet wird diese Einschätzung weniger induktiv von einer spezifischen Fokussierung kultureller Eigenheiten des Irak, denn vielmehr deduktiv von einer mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit auftretenden Grundannahme: »Americans are a free people, who know that freedom is the right of every person and the future of every nation«, formulierte George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation kurz vor Ausbruch des Krieges. Die wesentliche Differenz zwischen der US-amerikanischen und der irakischen Bevölkerung im Besonderen bzw. zwischen der westlichen und der sonstigen Welt im Allgemeinen wird derart auf unterschiedliche historische Entwicklungsstände zurückgeführt (ganz im ursprünglichen Wortsinne: re-duziert); kulturelle Unterschiede werden, *cum grano salis*, als Verzögerungen gedeutet. Die USA haben aus diesem Blickwinkel einen Entwicklungsstand schon erreicht, nach dem andere Nationen noch verlangen.

Gemeint ist mit dem erstrebten Zustand selbstredend die Demokratie, ein Begriff der stellvertretend steht für Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit, aber auch Wohlstand. Von diesen Errungenschaften wird seitens der Bush-Regierung angenommen, dass sie im Relevanzsystem eines jeden Menschen ganz oben stehen, und diese Annahme erklärt die Unterstellung, dass es das irakische Volk begrüßen wird, wenn man ihm zu diesen Werten verhilft. Gestaltet sich die politische Rahmensituation nun wie im vorliegenden Fall derart, dass dem ein diktatorisches Regime im Wege steht, das nur mit gewaltsamen Mitteln beseitigt werden kann, von deren Anwendung auch die Zivilbevölkerung bis zu einem gewissen Grad in Mitleidenschaft gezogen wird, so ist dies als ein bedauernswertes, aber notwendig in Kauf zu nehmendes Übel einzustufen, das am prinzipiellen Urteilsmuster nichts ändert. Im Hintergrund der Argumentation steht eine Art Chiasmus, eine spezifische Deutung des welthistorischen Prozesses, die davon ausgeht, dass sich die Welt in einem unaufhaltsamen und unumkehrbaren Demokratisierungsprozess befindet, dessen Ende gleichzeitig das »Ende der Geschichte«¹² bedeutet, da es die gesamte Menschheit in die ihr angemessene politische Existenzform setzt. In den Worten des US-Präsidenten

12 Das Schlagwort vom »Ende der Geschichte« wurde in jüngerer Vergangenheit von dem Politikwissenschaftler Francis Fukuyama populär gemacht, geht jedoch ursprünglich auf den Philosophen Alexandre Kojève zurück (vgl. Fukuyama 1992; Kojève 1975: S. 59ff.).

klingt das so: »We believe that liberty is the design of nature; we believe that liberty is the direction of history«¹³. Krasse Abweichungen vom demokratischen Prinzip, wie im Irak gegeben, werden als Ungleichzeitigkeiten gedeutet, die letzten Endes keinen Bestand haben können, da sie gleichsam »widernatürlich« sind. Katalysator der Entwicklung, ihr bedeutendster Agent, sind die USA, woraus sich spezifische außenpolitische Handlungsverpflichtungen ableiten – im vorliegenden Fall die Pflicht, eine notleidende Bevölkerung von dem sie unterdrückenden Terrorregime zu befreien.

Das beschriebene, von der Bush-Regierung im Zuge der Irak-Debatte verwendete Deutungs- und Urteilmuster erweist sich als essentiell mit der Geschichte der US-amerikanischen Nation verknüpft. Die in der Argumentation beschworenen demokratischen Werte entstammen in ihrer dortigen Form dem historischen Kontext eines Befreiungskrieges der nordamerikanischen Kolonien gegen das Britische Königreich, wobei man sich zum Zwecke der Legitimierung dieses Krieges bei den Ideen der Alten Welt bediente. Doch kommen bei dieser Übernahme bedeutsame Unterschiede zum Tragen, die klar machen, dass sich die US-amerikanische Vorstellung von Demokratie und Freiheit spezifischen historischen und kulturellen Prozessen verdankt.¹⁴ Anstatt diese Abhän-

13 So George W. Bush anlässlich des Veteranentags im November 2003.

14 Eric Voegelin hat im Rahmen einer Untersuchung der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (Voegelin 1928) diese verglichen mit der wenige Jahre zuvor in den USA erfolgten. Die US-amerikanische Verfassung entstammt dem Jahre 1789, folgt also relativ kurz auf die Unabhängigkeitserklärung aus dem Jahre 1776 bzw. auf die im selben Jahr erfolgte *Virginian Declaration of Rights*. Der historische Kontext ist derjenige der amerikanischen Unabhängigkeitskriege, der Absetzbewegung der britischen Kronkolonien von ihren politischen Herrschern. Dieser Umstand sowie die spezifische Zusammensetzung der amerikanischen Gesellschaft jener Tage waren von wesentlicher Bedeutung für die Gestaltung der US-Verfassung. Voegelin arbeitet beispielsweise heraus, dass das Gleichheitspostulat in der US-Verfassung stärker die materialen Aspekte betont, wohingegen die französische eher die formalen Aspekte unterstreicht. Der Grund liegt nach Voegelin darin, dass die bereits bestehende relative Gleichheit in den Besitzverhältnissen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft dort eine Betonung materialer Gleichheit erlaubte, welche die aristokratisch geprägten, eklatanten Eigentumsunterschiede in Frankreich nicht zuließen, da eine solche Interpretation von Gleichheit die dortige Gesellschaft gleichsam »zerrissen« hätte. – Neben einem solchen (synchronen) interkulturellen Vergleich genügt indes bereits der (diachrone) Blick auf die USA allein, um die Relationalität von deren in der Verfassung festgeschriebenem Relevanzsystem zu erkennen. In den bis heute rund 200 Jahren ihrer Existenz erfolgten insgesamt siebenundzwanzig so genannte *amendments*, Verfassungserweiterungen (die jüngste im Jahre 1992), die den ursprünglichen Text vor dem Hintergrund

gigkeit der konkreten Ausformung des demokratischen Ideals von historisch kontingenten Entwicklungen zu reflektieren, wird in den Daten dieses Ideal vielmehr als »naturegeben« dargestellt. So erweist sich die Konstruktion der Opferperspektive durch die Bush-Regierung zunächst als eine Unterstellung, die zu bestätigen es empirischer Belege bedürfte, auf deren Heranziehung in den untersuchten Dokumenten indes praktisch durchgehend verzichtet wird. So geschieht die Bestimmung der Fremdperspektive seitens der Bush-Regierung mittels der Verwendung von Elementen aus dem eigenen Sinnkosmos; es handelt sich bei ihr um eine Sinnübertragung vom Eigenen auf das Fremde.

Theoretische Fallrekonstruktion

Ich möchte in diesem Abschnitt die durch die US-Regierung vorgenommene Opferkonstruktion anhand der Schütz'schen Relevanztheorie (vgl. Schütz 2004) analysieren, d. h. als eine Rekonstruktion des Relevanzsystems des irakischen Volkes, die selbst in ein Relevanzsystem eingebettet ist. Mit Schütz wird gefragt:

- (a) Welche Aspekte der Realität werden von der US-Regierung als thematisch relevant eingestuft?
- (b) Aufgrund welcher Motivation werden diese zum Thema?
- (c) Welche Aspekte des Themas werden als auslegungsrelevant angesehen?
- (d) Welche Aspekte des eigenen Wissens spielen für die Auslegung eine Rolle?
- (e) Welchem Zweck dient das entworfene Gebilde?

Die im Hintergrund stehende These lautet, dass bereits die Einbettung einer moralischen Entscheidung in ein umfassendes Feld von Relevanzen diese Entscheidung disponiert, und dieses Feld unterscheidet sich im Falle der USA in mancherlei Hinsicht beispielsweise von demjenigen des Vatikan. Diese Art der Analyse soll hinleiten auf die im Schlussabschnitt erfolgende theoretische Verdichtung.

Zuvor gilt es an dieser Stelle jedoch, auf einen möglichen Einwand einzugehen, auf welchen der Leser vielleicht schon früher gestoßen sein mag und der in etwa so formuliert werden kann: Ist der Versuch zulässig, eine kollektive Bewusstseinslage anhand einer Theorie zu rekon-

je aktueller historischer Erfahrungen und Probleme in verschiedenster Weise ergänzten und umdeuteten – mit Schütz gesprochen: Relevanzverschiebungen konstatierten.

struieren, die, wie diejenige von Schütz, in der phänomenologischen Tradition Husserls steht, dem an der Analyse der Bewusstseinsstrukturen des einzelnen Subjekts gelegen war? Was ist mit einer »kollektiven Bewusstseinslage« überhaupt gemeint? Bei der Beantwortung dieses Einwands werde ich mich im Wesentlichen auf das Konzept der dialektischen Beziehung von Individuum und Gesellschaft beziehen, wie es von Peter Berger und Thomas Luckmann in der *Gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit* entworfen wurde (Berger/Luckmann 1969).

Mit diesen beiden Autoren gehe ich von der anthropologischen Grundprämisse der Weltoffenheit des Menschen aus, welche diesen zum kulturschaffenden Wesen macht. Im Prozess der Kulturschaffung, der die Gestaltung der äußeren wie inneren Natur gleichermaßen umfasst, wird die prinzipielle Weltoffenheit des Menschen in eine relative Weltgeschlossenheit überführt, insofern Kultur stets mit einer institutionellen Ordnung einher geht, welche die individuellen wie gesellschaftlichen Handlungsoptionen schon auf der Ebene von deren Wahrnehmung kanalisiert und damit einschränkt. Diesem vom sozialen Zusammenleben bedingten Moment kommt von Seite des Individuums her dessen Tendenz zur Habitualisierung, zur Ökonomisierung von Handlungsabläufen entgegen. Berger und Luckmann sprechen vom »Gesetz der Gewöhnung« dem alles menschliche Tun unterliege: »Jede Handlung, die man häufig wiederholt, verfestigt sich zu einem Modell, welches unter Einsparung von Kraft reproduziert werden kann und dabei vom Handelnden als Modell aufgefasst wird« (Berger/Luckmann 1969: 56). Der Mensch setzt mit seinem Handeln sowie mit den hinter diesem Handeln stehenden Entwürfen und Handlungsmustern nicht jedes Mal von Neuem an, er übt im sozialen Miteinander vielmehr feste Handlungsmuster ein.

Was für das Handeln des Menschen gilt, trifft in analoger Form auch auf sein Denken zu. Durch reziproke Typisierung, wie sie jeder Institutionalisierung vorausliegt, »bauen zwei Personen einen Horizont [...] auf, [...] vor dem sich sowohl ihre getrennten als auch die gemeinsamen und wechselseitigen Handlungen stabilisieren können« (ebd.: 61). Mit dem Begriff des Horizonts bringen Berger/Luckmann die Bewusstseinstätigkeit des Menschen ins Spiel: »Die Logik steckt nicht in den Institutionen und ihrer äußeren Funktionalität, sondern in der Art, in der über sie reflektiert wird« (ebd.: 68 f.). Jede Institution verweist auf einen korrelierenden Habitus des Denkens, auf eine eingewöhnte Art und Weise, die handlungsrelevanten Aspekte der umgebenden Welt auszulegen und zu beurteilen, wobei gerade die Eingewöhnung dafür verantwortlich ist, dass dieser Habitus oft nur halb- oder gar unbewusst zur Anwendung gebracht wird.

Gesellschaftlich relevant werden habitualisierte Denkschemata, wenn sie intersubjektiv anerkannt, d. h. »objektiviert« werden, womit das Problem der institutionalen Gesamtordnung einer Gesellschaft berührt ist. Laut Berger und Luckmann »sind Institutionen [...] de facto integriert« (ebd.: 69), was ihrer Überzeugung nach nicht aus der sozialen Funktionalität der Institutionen als solchen resultiert, sondern vielmehr ein Derivat der Sinnzuschreibungen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder darstellt. »Nur auf diesem Umwege über gesellschaftlich gemeinsamen, um nicht zu sagen ›gemeinten‹ Sinn, gelangen wir zur Notwendigkeit der institutionalen Integration« (ebd.). Institutionen müssen nicht bloß befolgt, sondern auch verstanden werden; eine funktionierende Institutionenordnung kann es nur geben, wenn ein von den Gruppenmitgliedern geteilter Wissensvorrat besteht, »ein Sammelsurium von Maximen, Moral, Sprichwortweisheit, Werten, Glauben, Mythen und so weiter« (ebd.: 70), auf das in alltäglichen Verstehensprozessen von jedem Einzelnen zurückgegriffen werden kann:

»Wissen in diesem Sinne steht im Mittelpunkt der fundamentalen Dialektik der Gesellschaft. Es ›programmiert‹ die Bahnen, in denen Externalisierung eine objektive Welt produziert. Es objektiviert diese Welt durch Sprache und den ganzen Erkenntnisapparat, der auf der Sprache beruht. Das heißt, es macht Objekte aus dieser Welt, auf dass sie als Wirklichkeit erfasst werde. Dasselbe Wissen wird als objektiv gültige Wahrheit wiederum während der Sozialisation internalisiert. Wissen über die Gesellschaft ist demnach Verwirklichung im doppelten Sinne des Wortes: Erfassen der objektivierten gesellschaftlichen Wirklichkeit und das ständige Produzieren eben dieser Wirklichkeit in einem« (ebd.: 70 f.).

Angewandt werden geteilte Wissensvorräte selbstredend stets von einzelnen Subjekten, doch sind diese insofern nicht als gänzlich individuell anzuschauen, als das applizierte Wissen eben gesellschaftlich generiertes Wissen ist und das Bewusstsein des Einzelnen per se überschreitet. Mag auch der Anteil an diesem Wissen sowie der »Stil«, in dem es vollzogen wird, von Individuum zu Individuum variieren, so lässt sich doch aus der Beobachterperspektive heraus, von einzelnen Trägern des Wissens abstrahierend, eine Typisierung vornehmen, die Konstruktion einer Art »durchschnittlichen Bewusstseins«. Letzteres muss zwar – ähnlich wie das Stereotyp – keiner reellen Person tatsächlich zukommen, seine Annahme kann sich im alltäglichen Umgang aber dennoch bewähren. Im untersuchten Feld geschieht es nun, dass von der US-Regierung eine solche Konstruktion in den politischen Diskurs eingebracht wird. Sie tut dies, indem sie Texte formuliert, die den durchschnittlichen US-Wähler, den durchschnittlichen GI, den durchschnittlichen Iraker etc. ansprechen

und um dessen Zustimmung werben. Bei dem in dieser Arbeit analysierten Denktypus handelt es sich mit anderen Worten selbst schon um eine Rekonstruktion – wenn man so möchte um eine Rekonstruktion erster Ordnung. Gegenstand der Analyse sind primär die in den Äußerungen Bushs enthaltenen sozialen Konstrukte, wie sie sowohl über ihren Adressaten als auch über ihren Konstrukteur etwas verraten.

Das folgende Vorgehen, ein »Kollektivbewusstsein« im beschriebenen Sinne anhand von phänomenologischen Termini zu beschreiben, erklärt sich von der eben gegebenen theoretischen Darlegung her. Verstanden wird es weniger als faktisches Bewusstsein einer umfassenden gesellschaftlichen Entität, d. h. nicht als eine Größe *sui generis* wie bei Durkheim, sondern vielmehr als typisierende Abstraktion vom Bewusstsein einzelner Subjekte, d. h. als abgeleitete Größe. Aufgrund dieser Herleitung vom Individuum kann die Analyse grundsätzlich analog zu derjenigen des subjektiven Bewusstseins erfolgen, ohne dass damit die Existenz von Differenzen geleugnet wäre. So wird man z. B. der Rede von einer Protention des Kollektivbewusstseins nur schwerlich einen Sinn beimessen können, während sich etwa die Rede von einem kollektiven Gedächtnis in der empirischen Sozialforschung längst bewährt hat.

(a) Nach diesem notwendigen Exkurs komme ich nunmehr zu der angekündigten Fallanalyse, wobei ich von der Situation der US-Regierung ausgehe, wie sie sich vor dem Aufkommen der Irak-Debatte darstellte. Der Irak bildete nach dem Zweiten Golfkrieg vom Jahre 1991 zwischenzeitlich kein herausgehobenes Thema der US-amerikanischen Außenpolitik.¹⁵ In der Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 rückte der Irak allerdings zunehmend in den Fokus. Er wurde thematisch relevant, und zwar in seiner angeblichen Eigenschaft als Teil einer »Achse des Bösen«. Im Zuge dieser Relevanzverschiebung wurde ein Problem in neuartiger Weise thematisiert, was sich im Schlagwort *war on terror* zeigt, das eine neue Doktrin der US-amerikanischen Außenpolitik bezeichnet, der zufolge so genannte Präventivkriege im Ausland erlaubt, ja unter gewissen Umständen geboten sind.¹⁶ Ausgelöst wurde die Verschiebung der thematischen Relevanz durch die Unterbrechung einer spezifischen Konstanzhypothese des »und-so-weiter«, soll heißen der Annahme der US-amerikanischen Regierung, mit der bisherigen politischen Handlungsweise im Nahen und Mittleren Osten wei-

15 Ablesen lässt sich dies etwa an dem wechselnden Umfang, den Präsident Bush in seinen alljährlich stattfindenden Reden zur Lage der Nation dem Thema Irak widmete.

16 Demgegenüber handelte es sich beim Eingreifen der USA im Zweiten Golfkrieg – der offiziellen Darstellung nach – um eine Reaktion auf den irakischen Überfall auf Kuwait.

terhin die gewünschten Resultate erzielen zu können. Diese Annahme war nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon so nicht aufrechtzuerhalten.

Damit wird klar, weshalb das Regime Saddam Husseins als vermeintlicher Unterstützer des als »islamistisch« apostrophierten Terrorismus ins Zentrum des US-amerikanischen Blickfelds geriet, nicht allerdings, weshalb die Perspektive der irakischen Zivilbevölkerung zum Thema gemacht wurde. Ausschlaggebend ist in dieser Hinsicht die grundsätzliche innen- wie außenpolitische Lage der US-Regierung. So stellen die USA zwar heute die einzig verbleibende globale Supermacht dar, nichtsdestotrotz sind sie aber in ihrem außenpolitischen Handeln von der Kooperation mit anderen Staaten abhängig und internationalen Verpflichtungen unterworfen, etwa innerhalb der UN. So kommt selbst die Supermacht USA nicht umhin, ihr Handeln vor der so genannten Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen. Innenpolitisch betrachtet hängt die US-Regierung existentiell von ihrer demokratischen Legitimierung, d. h. von der Wählergunst ab, was ebenso Folgen für die Gestaltung der Außenpolitik hat.¹⁷ Auf den vorliegenden Fall angewandt hat diese innen- wie außenpolitische Situiertheit der US-Regierung zur Folge, dass es für diese schlicht nicht praktikabel gewesen wäre, der Perspektive der irakischen Zivilbevölkerung und damit dem moralischen Aspekt des Kriegseinsatzes keine thematische Relevanz beizumessen.¹⁸ Bush selbst spricht von »moral commitments« der US-amerikanischen Außenpolitik, auf welche seine Regierung vom Wahlvolk festgelegt werden kann. Die infragestehende Relevanz ist so betrachtet in der Terminologie Schütz'

17 Andreas Hasenclever hat in einer Studie über westliche Militärinterventionen in Somalia, Ruanda sowie Bosnien-Herzegowina (Hasenclever 2000) versucht nachzuweisen, dass diese ausschließlich durch einen moralsoziologischen Ansatz angemessen erklärbar sind, welcher die Relevanz gesellschaftlich verankerter moralischer Überzeugungen für die Politikgestaltung demokratischer Staaten gebührend berücksichtigt. Vereinfacht dargestellt geht sein Modell von der Grundannahme aus, dass eine im Ausland stattfindende, massive Verletzung fundamentaler Menschenrechte (oder genauer: deren Wahrnehmung) in westlichen Ländern einen öffentlichen Erwartungsdruck auf Regierungen auszulösen vermag, in der betreffenden Region zu intervenieren. Diesem Druck können sich Regierungen nur unter der Gefahr eines unter Umständen immensen Ansehens- und damit verbunden: Machtverlusts entziehen, sodass eine Intervention selbst dann als geboten erscheinen kann, wenn sie keinerlei anderweitige Vorteile mit sich brächte bzw. gar Nachteile verursachte.

18 Ein weiteres Motiv für die Moralisierung des Kriegseinsatzes könnte darüber hinaus in einem Legitimationsbedürfnis direkt dem irakischen Volk gegenüber bestanden haben, das im Nachkriegsirak mit einer neuen, von den Invasoren eingesetzten Regierung wie auch mit US-amerikanischen Firmen kooperieren sollte und soll.

auferlegt, insofern sie vom höher stehenden Interesse der Bush-Regierung an einer Wiederwahl abzuleiten ist, die vom Sozialverhalten anderer Akteure sowie von deren Relevanzen abhängt. Derart geschieht die Thematisierung des moralischen Aspekts der Kriegsentscheidung im Kontext eines umfassenderen Relevanzsystems.¹⁹

(b) Fragt man nach den entscheidenden Motivationsrelevanzen der Bush-Regierung, so steht die Befürchtung weiterer Terroranschläge in der Folge der Attentate von *Nine-Eleven* an oberster Stelle.²⁰ Dabei besteht eine enge Verbindung zwischen der Angst der US-amerikanischen Bevölkerung und derjenigen der Bush-Regierung, insofern sich Letztere diejenige der Ersteren im Interesse guter Umfragewerte zu Eigen macht. Relevant ist dieses Motiv, weil man in der »globaler« werdenden Welt sich irgendwie mit dem »Nachbarn« Irak arrangieren muss. Die von der UN vorgenommenen und von den USA forcierten Waffeninspektionen im Irak dienen in diesem Zusammenhang der Versicherung, ob die eigene Angst gerechtfertigt ist oder nicht.

(c) Hinsichtlich der auslegungsrelevanten Aspekte des Themas berücksichtigt die von der Bush-Regierung vollzogene Rekonstruktion der Lage der irakischen Zivilisten vornehmlich die, im weiteren Sinne, politische Kultur im Irak. So wird zwar eingeräumt, es existierten »deeply ingrained habits of fear and distrust«²¹, doch stünden diese zurück angesichts einer großartigen religiösen Tradition, die nicht mit der Ideologie der islamistischen Terroristen zu verwechseln sei. Grundsätzlich sei das irakische Volk absolut »capable of human liberty«²², ja es verlange nach ihr.

(d) Damit komme ich zu denjenigen Aspekten der eigenen Wissensbestände, welche von der US-Regierung als auslegungsrelevant thematisiert werden. Es ist die in vergleichbaren Fällen von Vorgängerregierungen verfolgte Politik, welche der Bush-Regierung eine Art Rezept an die Hand gibt. Das hierin enthaltene Wissen umfasst eine Menge unterschiedlichster Bereiche und darunter auch die Kenntnis der Relevanzen der betroffenen Zivilbevölkerungen. Wie bereits dargelegt, wird diesbezüglich der Wunsch nach Demokratie ganz oben angesetzt, und in dieser Hinsicht bilden die Bevölkerungen der verschiedenen betroffenen Nationen einen homogenen Typus, dem gegenüber heterogene Elemente, die

19 Dem entspricht die alltagsweltliche Einsicht, dass Politiker keine »Berufsmoralisten« sind. Sie benötigen einen spezifischen Anlass, um moralische Betrachtungen als Handlungsmotive zu berücksichtigen.

20 Das oft vermutete Interesse der USA an den irakischen Erdölressourcen bleibt in den Daten und damit auch hier unerwähnt.

21 Bush in einer Rede an der »National Endowment for Democracy«.

22 Dieses Zitat entstammt einer Erklärung Bushs kurz vor Kriegsbeginn im Irak.

sich dem einheitlichen Bild widersetzen, unterbelichtet bleiben. Stattdessen werden die fremden Relevanzsysteme als kongruent zum eigenen entworfen. In Verbindung mit dem Selbstverständnis der USA als Katalysator eines unterstellten globalen Demokratisierungsprozesses rückt auf diese Art praktisch zwangsläufig die Handlungsoption des Militäreinsatzes in den Vordergrund.

Wie kam es zur Habitualisierung dieses Wissens? Diesbezüglich gilt es zu bedenken, dass die Perspektive einer Zivilbevölkerung, die einen Krieg im eigenen Land zu erleiden hat, nicht im Erfahrungsschatz der aktuell in den USA lebenden Generationen abgespeichert ist.²³ Daher können die für die Konstruktion eines Typus »Kriegsopfer« auslegungsrelevanten Momente keiner selbst gemachten Erfahrung entnommen werden. Opfer im beschriebenen Sinne waren in der Geschichte der US-amerikanischen Politik stets die Zivilbevölkerungen anderer Nationen, die es zu »befreien«, »vor dem Kommunismus zu bewahren« oder ähnliches galt. Es geht daher um solche Fälle, in denen andere Nationen die von den USA (nach deren eigener Deutung) betriebene internationale »Verbreitung der Demokratie« zu schätzen wussten. In den Daten werden diesbezüglich etwa Deutschland, Japan oder auch Indien als Beispiele angeführt. Ob eine solche historische Darstellung korrekt ist, kann hier nicht entschieden, immerhin aber festgehalten werden, dass derartige Erfahrungsmomente systematisch ausgeblendet werden, die das gezeichnete Bild hinsichtlich seiner Stimmigkeit negativ beeinträchtigen könnten. Derart lässt sich aus der Ex-post-Perspektive die gesamte US-amerikanische Außenpolitik der zurückliegenden Jahrzehnte als im Zeichen einer humanitären Absicht stehend darstellen, und das erzeugt Legitimation nach innen wie nach außen. Der Blick auf die Vergangenheit zeichnet eine Zukunft, von der angenommen wird, dass sie weiterhin so verläuft, wie im Typensystem des habituellen Wissensvorrats sedimentiert.

Das Ergebnis dieser Sedimentierung kann wie folgt umschrieben werden. Die Nationen der Erde werden auf einer Art Stufenleiter der politischen Evolution verortet, auf der die USA ganz oben stehen. Diese haben einen Entwicklungsstand erreicht, hinter den nicht mehr zurückgegangen werden kann und zu dem es anderen Völkern zu verhelfen gilt, die des Fortschritts noch harren – anstelle des *cultural lag* könnte man versuchsweise vom *political lag* sprechen. Speziell an diesem Punkt spielen religiöse Motive in die US-amerikanische Politik hinein, die mit missionarischem Eifer versucht, die eigene »Erleuchtung« zu verbreiten.

23 Der letzte Krieg, der auf US-amerikanischem Territorium stattfand, war – sieht man vom einmaligen Angriff auf Pearl Harbor ab – der Sezessionskrieg von 1861 bis 1865.

Im globalen Nationengefüge bilden die USA ihren eigenen, individuellen Typus, da sie die beste Regierungsform nicht bloß erreicht haben, sondern da sie aufgrund ihrer militärischen Stärke auch in der Lage sowie aufgrund ihrer politischen Überzeugung zudem willens sind, diese anderen Ländern darzubringen. Von großer Bedeutung in diesem Entwurf ist die Annahme, dass diese Länder sich nicht selbst helfen *können*, anstatt sich nicht selbst helfen zu *wollen*. Letztlich zeigt sich die gesamte von der US-Regierung errichtete Konstruktion davon abhängig, dass dem Freiheitswunsch der Iraker höchste Bedeutung in deren Relevanzsystem zugeschrieben wird. So unterstellt das Konstrukt, dass die Iraker die fremde Invasion um ihrer Freiheit willen wünschen, selbst wenn dadurch andere Werte wie kulturelle und politische Autonomie oder leibliche Unversehrtheit gefährdet sind.

(e) Schließlich gilt es, den Zweck der US-amerikanischen Rekonstruktion der irakischen Opferperspektive zu eruieren, wie er die Typenbildung wesentlich bestimmt. An oberster Stelle steht hier der Machterhalt, der vom Wahlverhalten der US-Bürger abhängt, die daher der Politik Relevanzen auferlegen können. Die Bush-Regierung muss die Geltungsgründe ihres Handelns dem eigenen Volk vermitteln, plausibel machen. Hierbei besteht die einzig gangbare Strategie darin, sich auf diejenigen Wahrnehmungs- und Urteilmuster zu stützen, die in der Mehrheit des Volkes verbreitet sind und als akzeptiert gelten. Das geflügelte Wort Hobbes': »Auctoritas, non veritas facit legem«, wird damit nicht ungültig, doch gilt in der Demokratie, dass Autorität bzw. politische Macht nicht zuletzt durch Wahrheit bestimmt wird, oder genauer: durch das, was der Mehrheit als Wahrheit gilt. Diese Einsicht lässt die Formel Hobbes' differenzierungsbedürftig erscheinen. So werden die US-Bürger die Machthaber zum einen mehrheitlich dann in deren Ämtern bestätigen, wenn sie der Ansicht sind, diese hätten das Wohl des Landes gemehrt. Neben einer solch »realpolitischen« Orientierung legt das Wahlvolk zum anderen, gerade auch bei außenpolitischem Handeln, moralische Beurteilungsstandards an, wobei überkommene Wissensbestände zum Tragen kommen. Ergo gilt das neuerdings relevante Thema der Bush-Regierung – die Perspektive der irakischen Zivilbevölkerung – genau dann als ausreichend interpretiert, wenn es sich in in den USA allgemein vorherrschende Deutungsmuster einfügt. So ist der zu konstruierende Typus im Grunde bereits existent, das Neue muss dem Alten nur noch passend gemacht, unter dieses subsumiert werden. Die Typisierung zeigt sich in erster Linie von der spezifischen Situation des Typisierenden abhängig und weniger von der Adäquanz zum Typisierten.

Neben dem internen Streben nach Machterhalt stellt die Vermeidung einer internationalen Isolierung den zweiten wesentlichen Zweck der in

der US-amerikanischen Argumentationsfigur vorgenommenen Typisierung des irakischen Volkes dar. Letztere muss einen nach den Maßstäben des internationalen Rechts angemessenen Umgang mit der irakischen Bevölkerung als gesichert erscheinen lassen. Diese Relevanz wird seitens der Weltöffentlichkeit auferlegt. Den Spagat, einerseits den nationalen Interessen und andererseits dem internationalen Recht entsprechen zu müssen, garantiert eine im Grunde simple Strategie: Die in der eigenen Rekonstruktion der Opferperspektive tragenden Deutungsmuster werden zu universalen gekürt. Derart kann man das außenpolitische Handeln dem Irak gegenüber so erscheinen lassen, als läge es im Interesse der irakischen Bevölkerung selbst und verstoße derart nicht gegen das Völkerrecht.

Wie aber, so wird man speziell im Hinblick auf die Nachkriegsentwicklung im Irak fragen, wenn sich das neue Thema dem habituellen Wissen verweigert? Wie gehen die USA damit um, dass laut aktuellen Umfragen²⁴ achtzig Prozent der Iraker die vermeintlichen Befreier ihr Land möglichst bald wieder verlassen sehen möchten? Ordnet man die Ereignisse chronologisch, so ist davon auszugehen, dass Vorbehalte in der irakischen Bevölkerung gegenüber einer US-amerikanischen Invasion aufgrund der politischen Situation im Irak zu Zeiten des Hussein-Regimes entweder nicht wahrnehmbar waren oder leicht als vom Regime gesteuerte Propaganda gedeutet werden konnten. Thematisch relevant wurden sie für die Bush-Regierung erst in der Folge der tatsächlichen Besetzung, als sie den USA, und d. h. konkret den US-amerikanischen Soldaten sowie über diese vermittelt deren Familien und Bekannten in der Heimat, auferlegt werden konnten. Seit der Besetzung des Irak teilen GIs und Iraker eine gemeinsame Wirkwelt, in der Widerstände gegen die Invasion für Erstere buchstäblich am eigenen Leib erfahrbar werden. Über verschiedene Vermittlungsstufen werden solche Gegenevidenzen dann auch im US-amerikanischen Kongress zum Thema, man denke etwa an die im November 2005 vom damaligen Oppositionsführer John Kerry formulierte Einsicht: »Unsere Präsenz ist Teil des Problems.« So scheint es, eine gleichbleibende Tendenz im Irak vorausgesetzt, für die Bush-Regierung mittelfristig unvermeidbar, einen neuen Typus zu entwerfen oder zumindest den alten partiell zu revidieren. Dies wird speziell in dem Moment der Fall sein, da eine ungelöste Situation im Irak beginnt, die Bush-Regierung Wählerstimmen zu kosten. Denkbar wäre etwa eine Umdeutung in der Richtung, dass man dem irakischen Volk zwar weiterhin unterstellt, dass es gerne befreit wurde, es nunmehr aber die fremde Besatzungsmacht aufgrund kultureller oder

24 Bezogen auf Herbst 2005.

religiöser Differenzen mehrheitlich nicht toleriert. Aus einer solchen Neukonstruktion, wie sie einer Wiederaufnahme des Sedimentierungsprozesses des zuhandenen und mittlerweile fragwürdig gewordenen Wissensvorrats gleich käme, würden dann veränderte Handlungsimperative folgen. In der Terminologie Schütz' lässt die Situation des Zweifels die alte Gewissheit »explodieren« – eine Metapher, die für den vorliegenden Fall nur zu treffend erscheint.

Schlussfolgerungen

Vom dargestellten empirischen Einzelfall abstrahierend möchte ich abschließend auf die Frage eingehen, welche Einsichten dieser hinsichtlich der für den vorliegenden Band titelgebenden Problematik der Unüberwindbarkeit kultureller Differenz zu eröffnen vermag. Berücksichtigt man die Spezifik des untersuchten Falles, so ist klar, dass aus der – hier zudem nur ausschnitthaft vorgestellten – Studie keine allgemein gültigen Erkenntnisse abzuleiten sind, immerhin erlaubt sie aber doch die Formulierung einiger Thesen, welche anhand anderer Sozialphänomene auf eine mögliche allgemeine Geltung hin überprüft werden könnten.

Ich beginne mit der eingangs aufgestellten Behauptung, dass moralisches Handeln im Sinne eines Perspektivenwechsels die Berücksichtigung der Relevanzsysteme der betroffenen Personen erfordert, was unabdingbar die Rekonstruktion dieser Relevanzsysteme voraussetzt. Eben das wird von den im empirischen Feld Agierenden als moralisches Abwägen bezeichnet. Dabei wird dieser Auslegungsvorgang selbst von Relevanzen bestimmt, und zwar von denjenigen des Rekonstruierenden. Dementsprechend fallen mögliche Rekonstruktionen in Abhängigkeit vom jeweiligen Relevanzsystem, innerhalb dessen sie stattfinden, verschieden aus, und das bedeutet nicht weniger, als dass es die *eine* richtige Auslegung der Perspektive der Betroffenen nicht geben *kann*. Die je spezifische Situation, aus der heraus geurteilt wird, bestimmt das Relevanzsystem als Rahmen des zu fällenden moralischen Urteils. Der Mensch denkt, urteilt und handelt stets *in situ*, dies gehört zu seiner durch seine Leiblichkeit gesetzten anthropologischen Grundbestimmung. Heidegger spricht vom »In-der-Welt-Sein« als einem Existenzial des Menschen und diese Grundidee findet sich in der Relevanztheorie Schütz' fortgeführt.

So zeigt sich der intersubjektive Akt des Perspektivenwechsels als selbst durch die subjektive Perspektive bedingt. Diese Einsicht in die soziale Gebundenheit des Perspektivenwechsels widerspricht nun nicht der moralischen Grundintuition der Universalisierung, ganz im Gegen-

teil erklärt sie diese erst. Zwar zielt moralisches Erkennen auf die Entwertung der bloß subjektiven Perspektive, doch bleibt der angestrebte objektive Standpunkt ein allenfalls asymptotisch zu erreichendes Ideal, denn der Vorgang der Universalisierung findet selbst situativ statt und wird selbst durch Relevanzen bestimmt; ein gänzlich »wertfreies« (das hieße im Sinne Schütz': nicht durch eigene Relevanzen beeinflusstes) Erkennen bleibt der Figur Gottes vorbehalten. Kant schreibt in der Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, dass rein intelligible Wesen (wie Engel) das, was sie als moralisch richtig erkennen, auch unmittelbar wollen und daher keiner Moral bedürfen. Eine Moral müssten nur solche Wesen entwickeln, bei denen die Umsetzung der moralischen Erkenntnis durch von einer körperlichen Existenzform herrührende Leidenschaften behindert werde. So findet sich schon bei Kant die Grundidee, dass gerade die empirische Widerständigkeit das die Wirklichkeit transzendierende Ideal erklärt.

Mit Hilfe des Ansatzes von Schütz lässt sich die kantische Erkenntnis sozialtheoretisch umformulieren sowie erweitern: Die moralische Grundfigur verlangt von ego, sich die Relevanzen seiner sozialen Umwelt quasi selbst aufzuerlegen. Diese überlagern dann die eigenen, welche jedoch jederzeit wieder hervorbrechen und Motivationsrelevanz erlangen können. Das entspricht dem von Kant hervorgehobenen Einfluss der Leidenschaften und in diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn dieser schreibt, das einzig wirklich Gute sei letztlich ein guter Wille (vgl. Kant 1994: 10), der einen Interessen- bzw. Perspektivenkonflikt erst gar nicht aufkommen lässt. Doch beeinflussen die subjektiven, unter anderem von der gegebenen soziokulturellen Rahmensituation abhängigen Relevanzen nicht bloß die Umsetzung des als moralisch richtig Erkannten, sondern sie bestimmen bereits die moralische Erkenntnis selbst, denn der in der Denkfigur vorausgesetzte Verstehensakt wird durch Relevanzen erst konstituiert, ohne die es zu einem moralischen Urteil gar nicht käme. Wissenssoziologisch betrachtet bedeuten solche Einflüsse keine Verzerrung, sondern sie stellen ein konstitutives und daher nicht überwindbares, allenfalls formbares Element des menschlichen Weltbezugs dar. Als empirische Widerstände entwerten sie das transzendente Postulat nicht, sondern verleihen ihm durch ihre Existenz vielmehr erst Sinn.

Überdeckt wird dieser Sachverhalt im alltäglichen Leben durch die Idealisierung der Kongruenz der Relevanzsysteme, die es ego erlaubt, bis auf weiteres die Relevanzen von alter als deckungsgleich mit den eigenen zu entwerfen. Diese Idealisierung kann jederzeit zum Problem werden und sie wird dies speziell in dem Falle, da kulturelle Differenzen zwischen ego und alter vorliegen, d. h. in der Terminologie Schütz': da die Relevanzsysteme von ego und alter unterschiedliche kulturelle Prä-

gungen aufweisen. In einem solchen Fall wird die Unterstellung einer Kongruenz prekär. Schütz streicht heraus, dass eine gewisse Konformität der Relevanzisohypsen der Kommunikationspartner die Bedingung einer jeden Kommunikation darstellt (Schütz 2004: 204), wie sie im Falle interkultureller Argumentation nur bedingt unterstellt werden kann. Nun scheint eine gewisse Konformität der Relevanzen allein schon durch die *conditio humana*, die spezifisch menschliche Existenzform als körperlich-geistig-seelisches Wesen gesetzt zu sein. Indes konstatiert Schütz, dass die Wissenschaften in der Herausarbeitung allgemein menschlicher Grundbedürfnisse nicht allzu weit gekommen seien: »Beim gegenwärtigen Stand der Sozialwissenschaften scheinen alle diese Aufstellungen der Bedürfnisse, die man für grundlegend und allgemein hält, bestenfalls mehr oder weniger glücklich formulierte heuristische Hilfsmittel zu sein« (Schütz 1972: 207). Man mag dieser ein halbes Jahrhundert alten Einschätzung im Hinblick auf jüngere Erkenntnisse zustimmen oder nicht, jedenfalls zeigt die offensichtliche Schwierigkeit im Auffinden solcher Grundbedürfnisse (i. e. universaler Relevanzen), dass der bei weitem überwiegende Teil menschlicher Relevanzen soziokulturell variiert.

Die spezifische Strategie, welche die Bush-Regierung im Zuge der Irak-Debatte anwendet, besteht darin, die Trennlinie zwischen diesen beiden Relevanzbereichen, den universalen und den partikularen, zu verschieben, indem Relevanzen als universal erklärt werden, die sich im Zuge einer soziologischen Analyse als partikular entpuppen. Der entscheidende Kniff dabei ist der, als universal behauptete Relevanzstrukturen mit Inhalten aufzufüllen, welche den eigenen soziokulturellen Denkmustern entstammen und innerhalb der *in-group* als selbstverständlich gelten. Derart werden bestehende Differenzen unterlaufen und die eigene *relativ natürliche Weltanschauung* zur Universalie erhoben.

Das alles vermag zu klären, weshalb kulturelle Differenz selbst in moralischer Absicht schwer zu überwinden sein mag, doch spricht es darüber hinaus für eine prinzipielle Unüberwindbarkeit? Vorderhand scheint die Vorgehensweise der Bush-Regierung bestimmten historisch kontingenten Rahmenbedingungen geschuldet zu sein: der mangelnden politischen Repräsentanz der irakischen Bevölkerung zu Zeiten der Hussein-Diktatur und damit fehlender Willensäußerungen des irakischen Volkes selbst, der Abhängigkeit der US-Regierung vom Votum der eigenen Wähler, mangelnden eigenen Opfer-Erfahrungen auf kollektiver Ebene etc. Könnte man demgegenüber in kontrafaktischer Annahme nicht ebenso gut eine Situation entwerfen, in welcher alle diese Bedingungen nicht gelten und das Fremdverstehen nicht beeinträchtigen?

Eine Beantwortung dieser Frage wagt sich aus Sicht einer empirisch ausgerichteten Wissenschaft auf glattes Eis, zumal auf der schmalen Basis einer einzelnen Fallstudie. Dennoch möchte ich versuchsweise eine Antwort wagen. Theoriearchitektonisch bezeichnet die hier infragestehende Stelle den Übergang zu einer soziologischen Grundlagentheorie, einer »Prototheorie« im Sinne Thomas Luckmanns. Mit dem starken Bezug auf die Schütz'sche Theorie bewege ich mich hierbei innerhalb des bewusstseinstheoretischen Paradigmas, d. h. die Ebene allgemeingültiger Aussagen wird mittels der Rückführung weltlicher Phänomene auf diese konstituierende Bewusstseinsleistungen zu erreichen versucht.

Meiner Auffassung nach überformt der infolge der faktisch gegebenen Situation des dargestellten Falles gegebene Zwang, bei der Konstruktion der Opferperspektive den eigenen kulturellen Deutungsmustern entsprechen zu müssen, nur ein grundsätzliches Moment von Verstehensprozessen überhaupt. Verstehen steht immer vor dem Problem, Unbekanntes und in diesem Sinne Fremdes in Bekanntes, Eigenes übersetzen zu müssen, ja »verstehen« heißt im Wesentlichen »übersetzen«. Für den Übersetzungsvorgang ist eine Verstehensbasis unerlässlich, es braucht eine Sinnwelt, von der ausgegangen und in die übersetzt werden kann. Diese Grundidee findet sich bereits in der Hermeneutik Wilhelm Diltheys, der schreibt: »Verstehen dringt in die fremden Lebensäußerungen durch eine Transposition aus der Fülle eigener Erlebnisse« (1997: 140). Perspektivenwechsel erscheint in dieser Hinsicht besser beschrieben als Perspektivenerweiterung. Ego nimmt die Perspektive von alter nicht in dem Sinne ein, dass er einfach exakt dessen Weltansicht übernimmt, sondern er dehnt vielmehr die eigene auf Bestandteile der anderen aus. Andernfalls müsste man genau genommen davon sprechen, dass er den anderen nicht bloß verstünde, sondern selbst zum anderen würde. Henri Bergson hat dies anlässlich einer Auseinandersetzung mit dem Problem der Willensfreiheit gezeigt (vgl. Bergson 1920: 144ff.). Nur im Sinne einer Perspektivenerweiterung lässt sich wirklich von einem intersubjektiven Verstehensakt sprechen, wie er zwei *verschiedene* Subjekte voraussetzt.

Inwiefern diesem Verstehensakt Erfolg beschieden ist, hängt von der konkreten sozialen Beziehung zwischen ego und alter ab. So kann kulturelle Fremdheit, wie sie im untersuchten Fall zwischen US-Regierung und irakischem Volk vorliegt, sozialtheoretisch als eine Beziehung zwischen *in-* und *out-group* begriffen werden. Schütz hat gezeigt, dass sich der »subjektive« Sinn eines beliebigen Elements des Typisierungs- und Relevanzsystems einer *in-group* nie mit dessen »objektiver« Auslegung seitens einer *out-group* deckt, vielmehr sucht der *outsider* fremde Elemente in Übereinstimmung mit dem eigenen Relevanzsystem zu inter-

pretieren (vgl. Schütz 1972). Derart geschieht die unumgänglich typisierende Wahrnehmung des anderen auch im Falle interkultureller Verständigung derart, dass der gebildete Typ entlang der eigenen Wissensbestände konstruiert wird. So wird der Iraker von heute zum (noch verhin- derten) Demokraten von morgen, oder anders gewendet: Der Iraker von heute ist der (noch unfreie) Amerikaner von gestern. Das Problem der Zuschreibung eigener Sinnelemente auf das Fremde wird durch eine zeitliche Perspektivierung gelöst, indem die gegenwärtige Situation des irakischen Volkes ebenso wie dessen Zukunft nach dem Vorbild der ei- genen Vergangenheit entworfen wird, gewissermaßen *modo plusquam- perfecti*.²⁵ Als wesentlich für das Gelingen eines interkulturellen Verste- hensaktes zeigt sich nach Schütz der Umstand, ob eine Transformations- regel für die Sinnübertragung vom einen in den anderen Bedeutungs- kosmos vorliegt oder nicht. Angesichts der Argumentationsfigur der US- amerikanischen Regierung, welche das Fremde gemäß dem Muster der eigenen Vergangenheit entwirft, lässt sich festhalten, dass die Etablie- rung einer derartigen Regel im untersuchten Feld noch nicht stattgefunden hat – zumindest einer solchen, die einer echten Auseinandersetzung mit den fremden Deutungsmustern entspränge und in welcher die eige- nen wie die fremden gleichberechtigt aufgehoben wären.

Um abschließend die eingangs gestellte Frage zu beantworten, wie aus der hier vorgestellten wissenssoziologischen Sicht die drei Varianten des moralischen Postulats des Perspektivenwechsels zu beurteilen sind: 1) die totale Ersetzung der Perspektive von ego durch diejenige von alter (Supererogation); 2) die auf der Unterstellung einer prinzipiellen Kon- gruenz basierende Einschätzung der Perspektive von alter in Analogie zu derjenigen von ego (Goldene Regel); 3) die Einnahme einer mit dem Anspruch auf Universalität auftretenden, die partikularen Sichtweisen von ego und alter gleichermaßen transzendierenden Perspektive (Kate- gorischer Imperativ). Schütz, so ist nach dem zuvor Erörterten anzu- nehmen, dürfte die Formulierung der Generalthese der Perspektivenre-

25 Dieses Konstrukt verweist im Übrigen auf eine interessante Theoriefigur. Theodor Litt, von welchem Schütz das Konzept der Perspektivenreziprozität (in abgewandelter Form) übernommen hat, benennt mit diesem Terminus zwei unterschiedliche, scheinbar aber doch eng miteinander verknüpfte Sachverhalte (vgl. Litt 1926, spez. S. 83ff. sowie S. 109ff.): zum einen die Reziprozität zwischen den Perspektiven von ego und alter, zum anderen die Reziprozität zwischen einer vergangenen und der gegenwärtigen Perspektive von ego selbst. Fremdverstehen wird derart unter der gleichen Theoriefigur behandelt wie Selbstverstehen. Angewandt auf das unter- suchte Feld würde dies bedeuten, dass das im Zuge eines Fremdverstehens errichtete Konstrukt der US-Regierung nicht zuletzt auch dem Selbstver- ständnis der US-amerikanischen Nation dient.

ziprozität mit Bedacht gewählt haben.²⁶ Die bis auf weiteres geltende Unterstellung einer Kongruenz der Relevanzsysteme stellt die zur empirischen Deskription geeignetste der drei Auslegungen der Perspektivenreziprozität dar, von der her die anderen beiden zu interpretieren sind. Theoretische Gründe hierfür finden sich in der Schütz'schen Relevanztheorie, d. h. in der phänomenologischen Beschreibung des generellen Aufbaus von Relevanzsystemen innerhalb der universalen Matrix der Lebenswelt. Ausgehend von der prinzipiellen Einsicht, dass jede Form von Wissen und Erkenntnis im Kontext eines von der jeweiligen subjektiven Perspektive geprägten Relevanzsystems steht, finden supererogatorische moralische Handlungen ihre Grenze darin, dass die Handlungsorientierung »um des anderen willen« einer Verankerung im Relevanzsystem des Handelnden selbst bedarf.

Die Vorstellung einer kompletten Perspektivenübernahme führt ins Paradox, da die (intersubjektive) Übernahme der Relevanzen von alter eben eine dahingehende (subjektive) Relevanz seitens ego voraussetzt. Demgegenüber scheint die in der Goldenen Regel leitende und in der Schütz'schen Generalthese ausgedrückte Unterstellung einer Kongruenz der Relevanzsysteme die gebräuchliche Vorgehensweise darzustellen, die indes auf faktische Widerstände treffen kann. Wird in einem solchen Fall an der Verstehensabsicht festgehalten, so bedarf es einer – idealiter: wechselseitigen – Erweiterung der Perspektive(n), was einen Schritt weg von Partikularität hin zu Universalität bedeutet. Ausschließlich im Sinne einer solchen Ausweitung, und das bedeutet: als Annäherung, ist die Einnahme der Perspektive einer universalen Vernunft zu denken, wie sie der Kategorische Imperativ intendiert. Streicht man den in der kantischen Philosophie vorherrschenden anthropologischen Glauben an eine allgemeine, transkulturelle wie transhistorische Vernunft und sucht empirisch nach universalen, in der *conditio humana* angelegten Relevanzen, so gerät man in jene Schwierigkeiten, auf die bereits Schütz verwiesen hat.

Einer Wirklichkeitswissenschaft bleibt angesichts der Einsicht in die soziokulturelle Relationalität sämtlichen Wissens nur die Aussicht auf eine in der Geschichte ablaufende und daher nie ein Ende findende Perspektivenerweiterung. Das Konstrukt einer universalen Vernunft ist da-

26 Zu beachten ist allerdings, dass Schütz die alltägliche Unterstellung der Perspektivenreziprozität im Kontext einer Untersuchung von Verstehensprozessen ausführt, nicht hinsichtlich einer Analyse von moralischen Diskursen, in welchen die Perspektive des anderen nicht bloß verstanden, sondern auch beurteilt sein will.

her auch in moralischer Absicht gleichsam »von unten her« als Zielvorstellung eines historischen Prozesses zu denken, nicht »von oben her« als prä-existentes, von Gott oder der Natur gesetztes Apriori.

Literatur

- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt/M.: Fischer
- Bergson, Henri (1920): Zeit und Freiheit. Eine Abhandlung über die unmittelbaren Bewusstseinstatsachen. Jena: Diederichs
- Chomsky, Noam (1999): The new Military Humanism: Lessons from Kosovo. London: Pluto
- Dilthey, Wilhelm (1997): Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte: wo stehen wir? München: Kindler
- Giesen, Bernhard (2004): Triumph and Trauma. Boulder/London: Paradigm
- Hasenclever, Andreas (2000): Die Macht der Moral in der internationalen Politik: Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina. Frankfurt/M.: Campus
- Höffe, Otfried (1978): Sittliches Handeln: ein ethischer Problemaufriss, in: Lenk, Hans (Hg.), Handlungstheorien – interdisziplinär Bd. 2,2. München: Fink, S. 617- 642
- Kant, Immanuel (1994): Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Hamburg: Meiner
- Kojève, Alexandre (1975): Hegel, eine Vergegenwärtigung seines Denkens: Kommentar zur Phänomenologie des Geistes. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Litt, Theodor (1926): Individuum und Gemeinschaft: Grundlegung der Kulturphilosophie. Leipzig: Teubner
- Schütz, Alfred (1971a): Wissenschaftliche Interpretation und Alltagsverständnis menschlichen Handelns, in: Ders., Gesammelte Aufsätze Band I: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff, S. 3-54
- Schütz, Alfred (1971b): Symbol, Wirklichkeit und Gesellschaft, in: Ders., Gesammelte Aufsätze Band I: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff, S. 330-411

- Schütz, Alfred (1972): Die Gleichheit und die Sinnstruktur der sozialen Welt, in: Ders., Gesammelte Aufsätze Band II: Studien zur soziologischen Theorie. Den Haag: Nijhoff, S. 203-255
- Schütz, Alfred (2004): Das Problem der Relevanz, in: Ders., Relevanz und Handeln 1: Zur Phänomenologie des Alltagswissens (ASW VI.1). Konstanz: UVK, S. 57-228
- Voegelin, Eric (1928): Der Sinn der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789, in: Zeitschrift für öffentliches Recht Bd. 8, S. 82-120